Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.
Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 ½ sgr. 6 pf.
Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 20. Donnerstag den 25. Januar. 1849.

Inland.

Berlin, den 24. Januar. Se. Hoheit der regierende Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha ist von Dresden hier angekommen.

Der bisherige Privat-Docent an dem Lyceum Hosianum zu Braunsberg, Licentiat der Theologie, Michael Joseph Krüger, ist zum außerordentlichen Professor in der theologischen Fakultät des gedachten Lyceums ernannt worden.

---

†* Bromberg, den 22. Jan. Die in den Vorwahlen des Deutschen Urwählervereins vorgeschlagenen und mit Majorität hervorgegangenen Candidaten sind heut fast sämmtlich zu Wahlmännern gewählt worden; nur in 2 Bezirken — wir hatten deren 9 in der Stadt — sind die Wahlen zu Gunsten der Demokratie ausgefallen. Rechnen wir die 12 Wahlmänner der nächsten Landbezirke dazu, so haben wir deren 50, von denen gegen 40 als wahre Freunde der konstitutionellen Monarchie betrachtet werden können. Uebrigens sind die meisten der Gewählten dem Bürgerstande angehörig, die Königl. Beamten sind nur durch 8 oder 9 Wahlmänner vertreten; dem Offizierstande gehören 2, dem niederen Militair 3 an. Wir können unter solchen Umständen wohl sagen, daß heute bei uns die konstitutionelle Monarchie einen Triumph feiert. Auch hat sich das Deutsche Element bei den heutigen Wahlen als das hier vorherrschende bewährt, indem nur 4 oder 5 der Wahlmänner als Polen bezeichnet werden können; aus der Stadt selbst ist es vielleicht kaum ein Einziger, der sich als Pole bezeichnet wissen möchte.

Berlin, den 19. Jan. Zu Ostern soll die projektirte Reorganisation der Bauakademie ins Leben treten. Es wird der Bauschule in ihrer gegenwärtigen Gestalt eine dritte Klasse (die der Feldmesser) hinzugefügt, die eine Vorbildung zu der Bau-Carrière gewähren soll. Die private Vorbildung der Feldmesser, die bis jetzt sehr mangelhaft war, und die Feldmesserprüfungen bei den Regierungen fallen dann weg. Dagegen soll eine praktische einjährige Beschäftigung unter der Leitung eines Bau-Inspektors künftig zur Bedingung gemacht werden Der Kollegienzwang, der bis jetzt noch herrscht, würde jedoch aufhören. — In einem weiteren Reorganisationsplane ist die Vereinigung der Bauschule, des Gewerbe-Institutes und der Ingenieurschule zu einer einzigen umfassenden Anstalt nach Art der polytechnischen Schulen proponirt. Es ist nicht zu leugnen, daß eine derartige Anstalt, gewissermaßen eine Ingenieur-Akademie, von tüchtigen Lehrkräften unterstützt, dem Interesse der Bauwissenschaften überaus förderlich und leicht zu einer vielbesuchten allgemein Deutschen Anstalt erhoben werden könnte.

Berlin, den 20. Januar. Möchte der nachstehend mitgetheilte „Aufruf an das Deutsche Volk“ in allen Zeitungen, Kreis- und Localblättern weithin Verbreitung finden. Wir knüpfen an diese Mittheilung das Gesuch, Vereine möchten sich aufthun zu diesem vaterländischen Zwecke und mit dem Central-Comitee zu Marienwerder in Verbindung treten. Insbesondere für die Preuß. Provinzen gilt diese herzliche Aufforderung, denn bereits in einem großen Theile Süd-Deutschlands bestehen solche Vereine, und unsere Brüder im schönen Schwaben und in der Pfalz bringen zahlreiche Spenden. Franz Dingelstädt in Stuttgart insbesondere hat freundlich die Hand geboten, und, wie uns ein Heidelberger Freund berichtet, findet diese patriotische Sache dort in Baden einen ungemeinen Anklang. — Sollte Preußen, dessen Abgeordneter und verdienter Bürger der Verewigte war, zurückstehen? Wir werden keine Fehlbitte gethan haben.

An das Deutsche Volk! Wenn die Friedensglocke der Eintracht über die Deutschen Lande ertönen und die Vollendung des großen Verfassungswerkes verkündigend, die Bruderstämme alle zur Feier des ersehnten Tages berufen wird, dann wird ein Mißton in die Klänge der Freude sich mischen — die Erinnerung an die Frevelthat des 18. September. Versöhnen kann alsdann nur der Gedanke, daß des Deutschen Volkes unermeßliche Mehrheit die Zeichen ihrer Trauer, ihrer Verehrung für die Hingeopferten als unvergängliche Blumenkronen auf die frischen Gräber legte. Als wir in einem feierlichen Todtenamte den Schmerz über den Verlust unseres Auerswald ausgedrückt, als wir an einer Ehrensäule den Namen der in den Freiheitskriegen Gefallenen seinen Namen angereiht, da erhob uns das Bewußtsein, daß Millionen unserer Brüder im Geiste uns zur Seite standen. Aber noch bleibt uns eine heilige Pflicht zu erfüllen. Fünf verwaiste Kinder hat Auerswald als ein theures Vermächtniß seinem so heiß geliebten Vaterlande hinterlassen. Als Vertreter des Volks starb er den Tod fürs Vaterland, das ganze Deutsche Volk mag Vaterstelle an seinen Kindern vertreten! Darum ergeht unser Ruf an Alle, denen ein Deutsches Herz im Busen schlägt, sich brüderlich zu vereinigen, zu einer National-Subscription für die Hinterbliebenen Auerswalds überall in zahlreichen Vereinen, in größeren und kleineren Kreisen thätig zu sein für diese Ehrensache des Vaterlandes. So möge das Deutsche Volk seinem Auerswald durch freie Bethätigung liebender Fürsorge für seine verwaisten Kinder ein würdiges Denkmal errichten. Marienwerder im Oktober 1848. Das Central-Comitee. v. Kries. Ed Reichenau. Graf von Rittberg. H. Weilandt. Dr. Heidenhain. Gerlach. Rux. Würz. Schirrmacher.

Berlin, den 20. Januar. Die homöopatischen Aerzte Berlins haben kürzlich dem Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten eine von 41 homöopathischen Aerzten der verschiedenen Provinzen mit unterzeichnete Adresse überreicht, worin dieselben gegen die von verschiedenen Seiten beantragte „Aufhebung ihrer Dispensirfreiheit Verwahrung“ einlegen, zugleich aber auf „völlige Gleichstellung in allen Rechten mit den allopathischen Aerzten“ antragen. Der gedachte Minister hat hierauf in einer Verfügung vom 2. Januar d. J. zwar gern die Versicherung ertheilt, daß dieses Gesuch bei der nahe bevorstehenden Reform des Medizinalwesens eine gründliche Prüfung finden solle, jedoch schon vorläufig darauf aufmerksam machen müssen, daß der erste Antrag mit dem zweiten im Widerspruche stehe, indem diese „Gleichstellung“ doch nur unter der Bedingung möglich werde, wenn man jenen Vorzug wieder fallen lasse. Bei näherer Zergliederung dieser Forderung enthielt die Vorstellung unter anderen einen Antrag auf Gründung eines Lehrstuhls für Homöopathie und einer homöopatischen Klinik. Es hat hierauf erwiedert werden müssen, daß in Betreff der Habilitationsbedingungen bei Universitäts-Lehrerstellen für die einzelnen Richtungen der Medizin ein Unterschied nicht obwalte. Wollen homöopathische Aerzte diese Bedingungen erfüllen, so werden dieselben in gleicher Weise, wie die Vertreter anderer Richtungen der Medizin, in außerordentliche und ordentliche Professuren aufrücken; eine sprungweise Bevorzugung hierbei widerspreche aber der beantragten „Gleichstellung“ ebenfalls. Ganz unerwartet war es, an die Gründung einer homöopathischen Klinik von den homöopatischen Aerzten Berlins erinnert zu werden, da diesen nicht unbekannt sein kann, daß das Ministerium bei Gelegenheit früherer ähnlichen Klagen sich alle mögliche Mühe gegeben hat, gerade die Antragsteller zur Einrichtung einer solchen, unter bereitwilliger Zusicherung der Allerhöchsten Orts erbetenen und damals bereits bewilligten Fonds zu bewegen, aber anfangs unter verschiedenen Vorwänden ausweichende, später auf wiederholte Erinnerungen gar keine Antwort erhalten hat. (Pr. St.-A.)

— Das „Justizministerialblatt“ vom 10. d. M enthält den Entwurf einer Verordnung über die Beurkundung der Geburten, Heirathen und Todesfälle durch Civilstandsbeamte. Nach demselben gilt der Vorsteher der Gemeinde in der Regel als dieser Beamte, doch kann der Gemeinderath auch Stellvertreter ernennen und in großen Städten die Regierung mit Zustimmung des Gemeinderaths besondere Civilstands-Beamte verpflichten. Diese Beamten führen vier besondere Register über die Geburten, Heirathen, Sterbefälle und überdies noch über die Aufgebote. Beglaubigte Abschriften aus diesen Registern vertreten in Zukunft die Stelle der sogenannten Tauf-, Kopulations- und Todtenscheine. Die Ausstellung solcher Dokumente durch die Küster und Prediger fällt in Zukunft fort. Die Civilstandsbeamten stehen in ihrer Amtsführung unter den Staatsanwälten. Die Geburten müssen innerhalb 8 Tagen, die Todesfälle innerhalb 48 Stunden bei den Civilstandsbeamten angemeldet werden. Die Aufgebote und Trauungen erfolgen ebenfalls bei diesen Beamten durch protokollarische Erklärungen. Die Aufgebote werden 8 Tage lang vor Schließung der Ehe öffentlich ausgehängt.

— In der Polytechnischen Gesellschaft vom 18. d. wurde eine interessante Arbeit des Goldarbeiter Voges vorgezeigt, eine Busennadel aus einem Silbergroschen dargestellt, dessen Bildniß den Knopf und der Rand die zierlich gezogene und gedrehte Nadel bildet; der billige Preis von 5 Sgr. für das Stück sichert dem Erfinder gewiß einen guten Absatz.

⌂ Berlin, den 22. Jan. (Nachmittag). So viel ich höre, sind die Wahlen überwiegend radical ausgefallen. In dem Bezirk, in welchem ich wohne, befindet sich unter zwölf heute ernannten Wahlmännern nur ein conservativer.

R Berlin, den 23. Januar. Nach Allem, was man hört, ist das Resultat der hiesigen gestrigen Urwahlen kein erfreuliches für die konservative Partei. Die entgegengesetzte rechnet für sich mindestens drei Viertel der gesammten Wahlmannschaft. In den meisten Wahlbezirken war der Wahlakt ziemlich schnell beendet, da beide Parteien so gut innerlich organisirt waren und so planmäßig verfuhren, daß Doppelwahlen gar nicht vorgekommen zu sein scheinen. Die Parteien standen sich in geschlossenen Massen einander gegenüber, die Entscheidung kam immer unzweifelhaft, Schlag auf Schlag Sehr viele der früheren Wahlmänner sind nicht wieder gewählt worden, namentlich Geistliche. Von den bekannteren Persönlichkeiten, die durchgefallen sind, kann ich Ihnen heute schon nennen: Waldeck auf der einen Seite, Harkort und Borsig auf der anderen

Je größer der Sieg der Linken bei den Urwahlen der zweiten Kammer sein mag, desto größer erwartet man ihn auf der Rechten für die erste Kammer. Die Zahl der Urwähler Berlins zur ersten Kammer beläuft sich nämlich nur auf etwa 13,000 Personen, d. h. bei einer Einwohnerschaft von 400,000 Seelen ist erst etwa die dreißigste Person Urwähler. Wir haben in Berlin etwa 9000 Häuser, wir haben außer den Hauseigenthümern das zahlreiche Personal von Beamten, Offizieren, Geistlichen, Kaufleuten, Rentiers, die alle das Urwählerrecht zur ersten Kammer haben, daß man nothgedrungen annehmen muß, daß sich eine große Anzahl von Personen, aus Furcht vor künftiger Einkommensteuer nicht haben auf die Urwählerliste aufnehmen lassen. Da die meisten anderen Klassen in ihren Einkünften leicht zu kontrolliren sind, so müssen dies vorzugsweise Kleinbürger sein, die ja besonders zu dem gestrigen Siege der Linken beigetragen haben.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der frühere Abgeordnete Grabow Oberbürgermeister von Berlin werden. Man hatte ihm schon früherhin das Anerbieten gemacht, er hatte es abgelehnt, mit der Erklärung, in Prenzlau bleiben zu wollen, da er sich in amtlicher und socialer Beziehung dort wohl fühle. Seitdem er aber im November seine Stelle als Abgeordneter niedergelegt hatte, ist er vielfachen Anfeindungen und unangenehmen Berührungen ausgesetzt gewesen und dies hat ihn bewogen, jetzt bei erneuertem Anerbieten unserer Stadtverordneten die Annahme zuzusagen. Die Stadtverordneten haben deshalb beschlossen, ihn nicht nur auf die dem Könige zur definitiven Auswahl zu präsentirende Candidatenliste zu setzen, sondern sie wollen um die Erlaubniß nachsuchen, ihn allein präsentiren zu dürfen. Der Minister des Innern hat sich beifällig darüber ausgesprochen und sieht man nun in kürzester Zeit der Genehmigung des Königs entgegen.

Münster, den 17. Januar. Der Bischof von Münster hat nachstehenden Erlaß an sämmtliche Pfarrer und Rectoren des Bisthums Münster innerhalb des Gebietes des Preußischen Staates ergehen lassen:

Bei den bevorstehenden neuen Wahlen der Volksvertreter für den Preußischen Staat veranlassen wir die Herren Pfarrer und Seelsorger unter Bezugnahme auf unseren Erlaß vom 18. April v. J., die Gläubigen neuerdings auf die hohe Wichtigkeit und Bedeutung dieser Wahlen für den Staat sowohl als die Kirche hinzuweisen, und ihnen die heilige Pflicht, dabei mit aller Gewissenhaftigkeit und Vorsicht zu verfahren, wiederholt und dringend ans Herz zu legen. Insbesondere sind die Gläubigen darauf aufmerksam zu machen, daß es außer dem religiösen Glauben und der Gottesfurcht keine Bürgschaft für die Dauer und das Bestehen der Ordnung und Gesetzlichkeit in der menschlichen Gesellschaft gebe und daß daher jene sich schwer gegen das Wohl der Menschheit versündigen, welche nicht vor Allem darauf sehen, daß Männer zu Vertretern des Volks gewählt werden, die durch ihr bisheriges Leben und Wirken die Versicherung geben, daß ihnen Ordnung und Recht am Herzen liegen, und daß sie die Grundlage derselben da suchen, wo sie allein zu finden ist, in dem gläubigen Festhalten an unserer heiligen Religion. Es sind dagegen die Gläubigen zu warnen, daß sie nicht auf Jene hören, die da mit Mißachtung von König und Obrigkeit sprechen, die da immer das Wort Freiheit im Munde führen, darunter aber nur eine Eigenthum und persönliche Sicherheit vernichtende Zügellosigkeit verstehen, die da Mißtrauen einflößen gegen die Diener jener Kirche, die stets als der Hort der wahren Freiheit sich erwiesen hat, indem sie gleichmäßig den Fürsten und den Völkern ihre Pflichten und ihre Verantwortlichkeit vor Gott vorhält. — Der gute Ausgang einer jeden Sache ist allein von Gott zu erwarten. Darum wollen wir uns vor ihm verdemüthigen und vor ihm in den Staub gebeugt ihn bitten, daß er Gnade und Barmherzigkeit uns erweise und nicht nach unseren Sünden mit uns verfahre. — Um seinen Segen und den Beistand des heiligen Geistes auf das für unser Vaterland, für Staat und Kirche so wichtige Werk der Wahl der Volksvertreter herabzuziehen, nehmen wir daher wiederum zum Gebete unsere Zuflucht und verordnen zu dem Ende, daß am Sonntag vor dem Beginne der Wahlen, also am 21. d. M., in allen Pfarr- und Annex-Kirchen unseres Bisthums, welche dem Preußischen Staate angehören, ein feierliches Hochamt de spiritu sancto unter Aussetzung des Hochwürdigsten Gutes, und Nachmittags eine besondere öffentliche Andacht, deren nähere Anordnung wir den Herren Pfarrern und Rectoren überlassen, abgehalten werde. Die bereits früher vorgeschriebenen Gebete, resp. Andachten für die Erhaltung des Friedens werden auch ferner bis auf weitere Verordnung fortgesetzt. — Die Herren Seelsorger wollen bei der noch immer fortdauernden großen Gefahr, womit wir durch die Zeitverhältnisse bedroht sind, die auf der Kanzel und sonst sich darbietenden Gelegenheiten fleißig benutzen, die Gläubigen auf Alles das aufmerksam zu machen, was sie in christlicher Anschauungs- und Handlungsweise befestigen kann, insbesondere ihnen die heiligen und unverbrüchlichen Pflichten des Gehorsams gegen Gesetz und Obrigkeit, die der Heiland selbst so klar gelehrt und so vollkommen geübt hat, mit Ernst und Nachdruck einzuschärfen, so wie endlich sie im Vertrauen auf die wunderbare Kraft des Gebetes zu stärken und zur Beharrlichkeit in der Uebung desselben zum Zwecke der Erhaltung und Befestigung des Friedens, den Gott allein geben kann, zu ermahnen.

Münster, am Feste der Erscheinung des Herrn 1849.

† Johann Georg, Bischof von Münster.

Düsseldorf, den 20. Jan. (Düsseld. Ztg.) Hier ist folgende Bekanntmachung erschienen: „Der durch die Bekanntmachung vom

22. Nov. v. J. über die Sammtgemeinde Düsseldorf verhängte Belagerungszustand wird hierdurch von heute ab aufgehoben. Düsseldorf, den 20. Januar 1849. Der General-Lieutenant und Commandeur der 14. Div., von Drigalski. Der Regierungs-Präsident von Moeller."

— Die „Köln. Ztg." schreibt: In Nr. 5. d. Bl. gaben wir nach dem „Westph. Kirchenblatte" eine Darstellung über Robert Blum's Ende, wonach derselbe als Katholik gestorben, und bemerkten dabei, daß wir die Wahrheit nicht verbürgen könnten. Es ist uns nun ein Schreiben des Hofraths Hurter in Wien vom 14. Jan. zu Gesicht gekommen, wodurch jene Mittheilung außer allen Zweifel gestellt wird.

— Ein Artikel der „Deutschen Ztg." aus Böhmen bringt das interessante Resultat, daß im Jahre 1846 die Bevölkerung Böhmens aus 2,718,630 Czechen, 1,676,336 Deutschen und etwa 60,000 Israeliten bestand „Letztere" — meint der Verfasser — „seien wegen der Sprache, die sie reden, den Deutschen beizuzählen. Für uns Deutsche ist es gewiß wichtig und beruhigend, zu wissen, daß in Böhmen auf 100 Köpfe 63 Czechen und 37 Deutsche zu zählen sind!"

Schwerin, den 18. Januar. Gestern Abend ist die Paul-Friedrichs-Statue (90 Ctr. schwer) von Lauchhammer hier angelangt. Die Inschrift wird lauten: „Ihrem Paul Friedrich die Stadt Schwerin. MDCCCIL."

Oldenburg, den 16. Januar. Der gestern früh erfolgte Tod des Präsidenten unseres konstituirenden Landtags, G. H. Wöckes, hat in allen Kreisen das tiefste Bedauern erregt und wird sicherlich im ganzen Lande als ein schwerer Verlust empfunden werden.

Stade, den 12. Januar. Für die Erblichkeit der Deutschen Krone in Verbindung mit der Preußischen hat der konstitutionelle Bürgerverein gestern eine Adresse an die Reichsversammlung beschlossen. Ich erlaube mir nur auf einen Passus jener Adresse aufmerksam zu machen, in welchem zufolge mehrfacher Aeußerungen in der Versammlung gesagt ist, daß uns keineswegs besondere Sympathien zu der Krone Preußen hinzögen, sondern die Ueberzeugung von der politischen Nothwendigkeit. Man mag daraus entnehmen, daß auf eine partikularistische Abneigung der „treuen Küstenbewohner" gegen Preußen bei sonderbündlerischen Bestrebungen nicht zu rechnen ist.

Frankfurt, den 18. Jan. Abends. Der Kampf der verschiedenen Stämme scheint sich aus der Paulskirche auf die Straßen verpflanzt zu haben. Gestern sollen schon Baierische und Oesterreichische Soldaten mit einander in Streit gerathen sein; heute hat er heftiger begonnen. Die Oesterreicher haben die Baiern aus einem Wirthshaus verjagen wollen; die Baiern haben sich zur Wehr gesetzt, und ein Kampf mit blanken Säbeln hat stattgefunden. Die gutmüthigen Frankfurter haben Versöhnung stiften wollen, scheinen aber schlecht dabei weggekommen zu sein; namentlich soll ein Korporal schwer verwundet darniederliegen. Patrouillen, meistens Oesterreichische, ziehen durch die Straßen; das Volk steht gaffend umher; bis jetzt hat die Sache aber noch einen heiteren Charakter, und wir berichten sie blos, um Uebertreibungen zuvorzukommen.

Frankfurt, den 19. Januar. Gestern ist Commodore Parker, ein erfahrener Nordamerikanischer Seemann hier eingetroffen, von dessen Thätigkeit man sich die glücklichsten Erfolge versprechen darf. Er wird wohl zunächst die von dem Reichsministerium bisher getroffenen Anstalten mit kundigem Auge prüfen und auf die Lücken hinweisen, die sich hier und dort noch zeigen möchten. Hoffentlich sind die Vorbereitungen der Art, daß der ehrenwerthe Commodore darin die Veranlassung findet, im Fall der Noth die Anführung unserer jungen Flotte zu übernehmen, womit das Cabinet von Washington, wie wir versichern zu dürfen glauben, sich vollständig einverstanden erklären würde. So viel ist gewiß, daß Deutschlands Handel im Jahre 1849 nicht wieder so schutzlos den Dänischen Fregatten Preis gegeben sein wird, daß das tapfere, seegewohnte Volk der Küste, bisher nur der Führer entbehrend, nichts mehr herbeisehnt, als die Scharte des Sommers 1848 auszuwetzen. Möge daher Dänemark die Friedens-Unterhandlungen nicht länger mit Hinblick auf ein mögliches Zerwürfniß Deutschlands hinhalten, es könnte sich täuschen in dieser stillen Hoffnung, und wird Deutschland, jeder unbilligen Forderung gegenüber, ganz gewiß geeinigt finden.

Offenbach, den 18. Januar. Der hiesige Bürgerverein hat in seiner Sitzung am 10. l. M. sich für die Verleihung der erblichen Deutschen Kaiserwürde an das Preußische Königshaus ausgesprochen, und in diesem Sinne eine Adresse an die Reichsversammlung beschlossen und bereits abgesandt.

Dresden, den 20. Januar. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurde der Schaffrathsche Antrag über die Deutsche Oberhauptsfrage verhandelt. Der Antragsteller, so wie die folgenden Redner ergingen sich dabei in heftigen Angriffen gegen Preußen. Der Staatsminister v. d. Pfordten äußerte sich am Schluß der Debatte darüber folgendermaßen:

Ich habe gestern schon erklärt, daß die Regierung diejenige Erklärung in der Oberhauptsfrage nicht abgegeben hat, von der in den Zeitungen behauptet worden ist, daß sie erfolgt sei. Sie hat sie weder in Frankfurt bei der Centralgewalt abgegeben noch in Berlin, weder direkt noch indirekt. Sie hat überhaupt, um ganz bestimmt mich auszusprechen, außer ganz allgemeinen Aeußerungen und Vorschlägen, die vor sieben und acht Monaten bei den ersten Erörterungen über die Deutsche Verfassungsfrage vorgekommen sind, keinerlei Erklärung über die Lösung der Oberhauptsfrage abgegeben. Sie wird dies auch heute nicht thun, und der Gründe dafür sind hauptsächlich, um andere bei Seite zu lassen, zwei: Es ist von der Reichs-Versammlung zu Frankfurt a. M. dem Reichsministerium die Ermächtigung ertheilt worden, die Verhandlungen über die Stellung Oesterreichs zu Deutschland zu eröffnen. Die Regierung glaubt, daß, bevor man überblicken kann, welches Resultat diese Verhandlungen haben werden, eine gründliche Erwägung und eine das Wohl des Vaterlandes fördernde Entscheidung der Oberhauptsfrage nicht möglich ist. Der zweite Hauptgrund ist folgender: Die Reichs-Versammlung zu Frankfurt a. M. hat selbst die Oberhauptsfrage noch nicht zu Ende berathen und noch nicht vollständig entschieden. Bevor das geschehen ist, glaubt die Regierung ihrerseits eine bestimmte Erklärung aussetzen zu müssen. Die Regierung hat vom Anfage der jetzigen Deutschen Bewegung den Grundsatz festgehalten, sie hat ihn bei Erlassung des Wahlgesetzes für Frankfurt an die Spitze gestellt und auf dem letzten außerordentlichen Landtage vertheidigt, den Grundsatz, daß die Reichs-Versammlung in Frankfurt a. M. nicht berufen sei, allein und ausschließlich die Deutsche Verfassung zu gründen, sondern daß die Regierungen der einzelnen Staaten, unter verfassungsmäßiger Mitwirkung ihrer Kammern natürlich, ein Wort in die Gründung der Verfassung zu reden berechtigt und berufen seien. Die Regierung hält an diesem Grundsatze fest, sie hat ihre Ansichten in dieser Beziehung von Anfang an nicht um ein Jota geändert. Wie sie der Reichs-Versammlung zu Frankfurt niemals die alleinige Entscheidung zuerkannt hat, so wird sie niemals zu der Ansicht kommen, daß sie darüber nicht einmal zu hören sei. Die Sächsische Regierung hat ihre Selbstständigkeit niemals aufgegeben in der Deutschen Verfassungsbewegung, aber auch niemals ihre Vaterlandsliebe und ihre Hingebung an die Aufgabe, zu deren Lösung als eins der wichtigsten Organe die Reichs-Versammlung zu Frankfurt besteht und berufen worden ist. Dieses sind die Gründe, warum die Regierung glaubt, auch heute einen Ausspruch über die Oberhauptsfrage nicht geben zu können. Sie wird deswegen eine solche Erklärung auch nicht geben, selbst wenn die Kammer den Antrag des Abg. Tzschirner zu ihrem Beschlusse erheben und an die Regierung bringen sollte. Man hat zwar unter Hinweisung auf die Pflicht der Regierung, für das Wohl des Landes zu sorgen, sie zu einer solchen Erklärung aufgefordert; aber eben in dem Bewußtsein dieser schweren Pflicht und in dem Entschluß, derselben zu genügen, wird die Regierung eine Entscheidung über die Lebensfrage des Deutschen Vaterlandes nicht vorzeitig, nicht vorschnell geben, nicht eher, als bis sie nach ruhiger Prüfung die Ueberzeugung gefaßt hat, daß es Zeit sei, zu reden. Dann aber, wenn dieser Zeitpunkt gekommen sein wird, wird sie die Mitwirkung, die nach der Verfassungsurkunde der Kammer zusteht, in keiner Weise umgehen. Dann wird es Zeit sein, einzugehen auf die Gründe für und wider, und sie wird Manches darauf erwidern auf die staatsrechtlichen Ansichten, die die heutige Diskussion zu Tage gefördert hat. Darauf zu antworten, hätte die Regierung mancherlei Veranlassung gehabt, aber sie glaubt, von dem Grundgedanken ausgehend, den ich vorausgestellt habe, jetzt noch hierauf verzichten zu müssen. Eins kann ich aber zum Schluß nicht verschweigen: Wenn die Feinde Deutschlands die heutige Diskussion gehört haben, und sie werden sie hören, — so werden Viele unter ihnen sein, die nicht trauern. (Die letzten Worte wurden von dem Redner mit tiefer Bewegung gesprochen.)

Indem man zur beschlossenen namentlichen Abstimmung schritt, theilte man den Schaffrath'schen und Tzschirner'schen Zusatzantrag in zwei Theile. Die erste Frage: Beschließt die Kammer zu erklären, daß sie ein erbliches und unverantwortliches Oberhaupt für Deutschland nur mit entschiedenem Widerwillen sehen würde, wurde von 57 Abgeordneten bejaht, von 7 verneint; die andere: Wie die Uebertragung der Kaiserwürde an die Krone eines Einzelstaats, mit 55 gegen 9 Stimmen bejaht; die dritte Frage: Soll ein verantwortlicher Präsident an die Spitze Deutschlands gestellt werden und sieht die Kammer jede andere als demokratische Lösung dieser Frage für unheilvoll an? von 54 Stimmen bejaht und von 10 verneint. Dagegen wurde der erste Theil des Tzschirner'schen Antrags mit 33 gegen 31 Stimmen verworfen und nur mit Beziehung auf die vorher gefaßten Beschlüsse der andere Theil desselben dahin gehend, daß sich die Staatsregierung in gleichem Maß erklären möge, mit 51 gegen 10 Stimmen angenommen. (D. A. Z.)

Kassel, den 16. Jan. In der heutigen Sitzung der Stande interpellirte Abg. v. Sybel die Landtagskommission darüber, ob von Seiten der Regierung bereits etwas geschehen sei, um deren Einverständniß mit dem ständischen Beschluß vom 5. d. M., die Erhebung des Königs von Preußen zum Deutschen Reichs-Oberhaupte betreffend, zu bethätigen. Seit dem 5. sei diese Frage in Frankfurt und an anderen Orten um ein Großes vorwärts gerückt. Nicht weniger als 14 Deutsche Fürsten hätten theils in Frankfurt, theils in Berlin den Wunsch ausgesprochen, die Krone Preußen an die Spitze des Deutschen Reiches gestellt zu sehen. Der Reichstag zu Frankfurt habe die Oesterreichische Frage vorgestern so entschieden, daß kein Zweifel über das Nichteintreten Oesterreichs in den engern Verband des Deutschen Bundesstaates obwalte, daher als das einzig Mögliche und Nothwendige die Erhebung Preußens an die Spitze Deutschlands sich herausstelle. Der Landtagskommissar bedauerte, nicht alsbald eine specielle Erklärung geben zu können. Es wurde beschlossen, der Regierung zu erklären, daß die Ständeversammlung eine Antwort auf ihren Beschluß vom 5. d. M. erwarte. Im ferneren Verlauf der Sitzung berichtete Oetker für den Rechtspflege-Ausschuß über den Antrag des Hrn. Bayerhoffer, den Einfluß der Deutschen Grundrechte auf die Kurhessische Volksvertretung betreffend. Der Ausschuß ist einstimmig der Ansicht, daß die Grundrechte nicht eine gänzliche Auflösung des Wahlgesetzes, sondern nur die Abänderung einzelner Bestimmungen nothwendig machen.

— Der als Vorort des Kurhessischen Landesvereins fungirende Ausschuß des hiesigen Bürgervereins hat an die Kurhessischen Abgeordneten in der Deutschen Reichsversammlung eine Adresse gerichtet, dahin lautend, daß die von der Kurhessischen Ständeversammlung offiziell kundgegebene Ansicht: „es könne die erforderliche Würde und Macht der Reichsgewalt und die innere Wohlfahrt Deutschlands nicht anders gewahrt werden, als indem alsbald der König von Preußen als Reichsoberhaupt an Deutschlands Spitze trete," in der That dem Willen des Kurhessischen Volkes entspreche, wie solcher sich in den Beschlüssen einer größeren Anzahl von Vereinen zu erkennen gebe. Die Adresse schließt mit den Worten: „So handelt denn ferner mit muthigem, raschem Entschlusse. Kurhessen erwartet, durch die Machtvollkommenheit der konstituirenden Nationalversammlung Deutschlands Einheit, Freiheit, Macht und Wohlfahrt fest begründet zu sehen. Darum haltet fest, und dann entscheidet — nicht etwa zwischen Preußen und Oesterreich — nein! nicht darum handelt es sich — entscheidet zwischen Oesterreich und Deutschland!"

Wien, den 14. Januar. Daß in Italien Wahlen zu einer Consulta für Wien ausgeschrieben sind, wissen Sie; neu dürfte es Ihnen aber sein, daß die Italiener kaum einen Abgeordneten wählen und schicken werden. Einige Provinzial-Congregationen dürften vielleicht gefügig sein, ob die Mehrzahl, ist bei dem herrschenden Geiste in Italien sehr zu bezweifeln. (C. Bl. a. B.)

— Der Eisstoß steht noch aufgethürmt und die Besorgnisse sind noch nicht verschwunden; vorerst sind jedoch die Vorstädte ziemlich wasserfrei. Mehrere Häuser haben beträchtlichen Schaden gelitten und drohen mit dem Einsturz. In der Brigittenau will das Wasser noch immer nicht abfließen, was indeß nur örtliche Hindernisse veranlassen, so daß die dortige Gemeinde mit Lebensmitteln und Trinkwasser versehen werden muß. Im Hauptstrome hat sich der Eisstoß in der Nacht auf gestern von Fischamend bis über Hainburg hinaus vollständig in Bewegung gesetzt, jedoch bei Wolfsthal wieder gestellt und dadurch dort eine bedeutende Ueberschwemmung verursacht. Bei Nußdorf wurden bereits gestern Personen und kleineres Gepäck übergesetzt; auch ist die Eisenbahnbrücke für den nothdürftigen Uebergang einzelner Personen hergestellt worden. Es sollen 2 Ueberfuhren, und zwar eine nächst der Nußdorfer Linie und die zweite nahe bei Florisdorf für's schwere Fuhrwerk schon wieder eröffnet werden. — Emperger, Schuhmacher, Callot und Ribarz haben gegen die über sie verhängten Strafurtheile Rekurs ergriffen. — Mancherlei früher verbreitete Nachrichten erweisen sich als unwahr; dahin gehören auch die von mehreren Blättern mitgetheilten Ernennungen der Abg. Rieger und Brauner. — Im Münzamte herrscht fortwährend große Thätigkeit, und namentlich wird viele Scheidemünze, an Sechsern allein ½ Mill. ausgeprägt; dennoch ist in dieser Hinsicht noch keine Erleichterung im Verkehr eingetreten. — In Olmütz wird seit dem Beginn des J. 1849 Mathematik, Naturgeschichte und Philosophie in der 1. Licealklasse Slavisch vorgetragen und der Brünner Schulrath hat beantragt, an allen 10 Gymnasien des Mährisch-Schlesischen Gouvernements die Slavische Sprache zum obligaten Gegenstand zu machen, an den Gymnasien zu Kremsier und Straßnitz schon in diesem Jahre die Religion, Geschichte und Geographie Slavisch vortragen zu lassen, in Freyberg und Brünn Untergymnasien mit vorherrschendem Slavischen Vortrage zu errichten. — Die Minister Schwarzenberg und Bruck sind gestern mittelst telegraphischer Depesche nach Olmütz berufen worden. — Von der Nordbahn-Direktion ist bekannt gemacht worden, daß sie für jetzt nicht in der Lage sei, die ihr zur Beförderung übergebenen Güter fortzubringen. Sie stellt die Alternative, dieselben zurückzunehmen oder sich der Gefahr der Beförderung bis Florisdorf zu unterziehen. — Fürst Windischgrätz soll zum Herzoge von Friedland ernannt werden, gleichwie Radetzky bereits zum Herzoge von Custozza ernannt worden ist — Aus Ungarn verlautete gestern Abend, daß F.-M.-L. Simunich einen neuen Sieg errungen und 2000 Honveds zu Gefangenen gemacht habe.

In der jetzigen Carnevalszeit scheint es zweckmäßig, die Theater wieder zu eröffnen und dem Publikum, das zu dieser Zeit an Zerstreuung gewöhnt ist, solche zu gewähren. Demgemäß soll sich die K. K. Regierung mit den Ortsbehörden vereinigen, um sobald als möglich eine neue Oper zur Aufführung zu bringen. Alle Logeninhaber sind verpflichtet, ihr Abonnement zu bezahlen, und falls dies nicht hinreicht, muß noch ein Ueberschuß entrichtet werden. Sollte die Bevölkerung sich aber aus politischer Oppositionssucht weigern, das Theater zu besuchen, so werden wir darin eine böswillige Demonstration erkennen, die gerügt und bestraft werden muß.

— Die Oesterreichische Regierung will durchaus das Vergnügen der Lombarden, ohne jedoch die Kosten dahin zu übernehmen. Nachstehend der betreffende Erlaß des Regierungs-Raths Pascottini vom 4. Januar.

Donaueschingen, den 15. Januar. Nachdem vor wenigen Tagen eine bedeutende Schneemasse gefallen war, trat gestern plötzlich Thauwetter und Regen bei heftigem Südweststurme ein. Schon gegen Mitternacht war der Wasserstand in bedrohlicher Weise gewachsen; doch gegen 2 Uhr Morgens stand die Josephsvorstadt so unter Wasser, daß dasselbe die meisten Häuser in wilder Fluth durchströmte; die Freiburg-Schaffhauserstraße war in einen Strom verwandelt und trug, da sich der Eisgang dazu gesellte, die schwersten Eisstücke in die Stadt; die meisten untern Stockwerke mußten geräumt, Pferde und Rindvieh gerettet werden. Einige, die damit säumten, verloren mehrere Stück Vieh. In großen Allarm wurde die hier anwesende Abtheilung des 2. Württemberg. Reiterregiments versetzt, welche, so wie der Brigadestab, die Pferde schnell in die obere Stadt fortschaffen mußten. Leider wurden auch mehrere Brücken zerstört, viele Häuser wesentlich beschädigt, Holz und andere Waare fortgeführt, die Eilwagen (z. B. jener von Schaffhausen fehlte heute Mittag noch) wesentlich verspätet. In den umgebenden Ortschaften hörte man die Sturmglocken, doch ist das Nähere über die stattgefundenen Verheerungen noch nicht bekannt. Wir fürchten sehr für die flußabwärts liegenden Orte.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 19. Januar. National-Versammlungs-Sitzung vom 18. Januar. Marrast eröffnet sie um 2½ Uhr. Nach Vorlesung des Protokolls folgen einige Ratifizirungen. Alem Rousseau entschuldigt sich, daß er gestern bei Vorlesung einer Petition

gegen die Jesuiten den Berichterstatter Kerdrel unterbrochen. König (Elsaß): „Unter dem gestrigen Petitionsstoße befand sich auch ein Antrag auf Errichtung eines Universitätslehrstuhles über Atheismus. Ich trage darauf an, daß dieser böse Antrag dem Unterrichts-Minister behufs Einleitung einer Untersuchung gegen den Antragsteller überwiesen werde.“ (Widerspruch vom Berge). Marrast zeigt der Versammlung die Namen der gewählten Kommission zur Begutachtung des Dringlichkeits-Antrages gegen die Maigefangenen an. Gewählt wurden: Reynaud, Dupin, Corne, Verne Bauchart, Baroche, Poncelet, St. Rome. Er ersucht sie, sich zurückzuziehen, um bald zu berichten. Dies geschicht, und dann geht es an die eigentliche Tagesordnung, welche in unerheblichen Kredit-Anträgen besteht. Inmitten der geräuschvollen Debatte (gegen 4 Uhr) nimmt Leon Faucher im Namen der Regierung das Wort. Leon Faucher, Minister des Innern liest einen Beschluß des Präsidenten vor, der Boulay, Baraguay d'Hilliers und Vivien als Kandidaten zur Vice-Präsidentschaft verfassungsgemäß vorschlägt. Baze: Erst müsse das Gehalt des Vice-Präsidenten festgestellt werden. Die Debatte wird auf Sonnabend beschlossen. Goudchaux verlangt das Wort über eine Motion zur Tagesordnung. Er protestirt gegen die Form, mit welcher man das Pflanzer Entschädigungs-Gesetz bei Seite geworfen. Er ist ein Anwalt der Kolonial Kapitalisten. Cremieux rechtfertigt das beobachtete Verfahren. Manguin beklagt sich, daß der Finanz-Ausschuß die Getränkesteuer Anträge nicht erledige. Die Sache sei wichtig. St. Beuve antwortet im Namen des Ausschusses, daß die Nachläßigkeit den Redner selbst treffe; denn man habe ihn dreimal schriftlich in seine Sitzungen geladen, er sei aber nie gekommen (Gelächter.) Der Antrag wird als dringend in die Bureaus gewiesen. In diesem Augenblick erscheint die Maigefangenen-Kommission wieder im Saale. Flandin erklärt in ihrem Namen, daß sie über die Dringlichkeit einstimmig sei und die Debatte für Sonnabend vorschlage, und zwar in öffentlicher Sitzung. Girardin möchte Vordiskussion in den Büreaus. Senard bekämpft dies. Lagrange kömmt abermals auf die Amnestie Sie solle der Mai-Debatte vorangehen. Sein Antrag fand Unterstützung, fiel indeß nach zweimaliger Abstimmung doch durch. Lariviére deponirt seinen Bericht über die Zeitungs Preß-Gesetzgebung (Ah! ah!). Die Versammlung überweist dann schließlich noch die Kolonial-Arbeits-Verhältnisse den Büreaus. Die Sitzung wird um ¼ vor 6 Uhr geschlossen.

— Bis jetzt hat der Präsident der Republik aus Paris und den Departements 140,000 Briefe empfangen. Die meisten derselben enthalten Gesuche um Stellen oder Unterstützung, und in mehr als 500 lagen Versatzscheine, welche von unbeschäftigten Arbeitern in der Hoffnung überschickt wurden, daß Louis Bonaparte sie einlösen lassen werde, was er auch bezüglich der anscheinend nothleidendsten Bittsteller gethan hat.

— Die hiesige Polizei hat von der Londoner die genaue Beschreibung falscher Billets der Bank von England erhalten, deren Zahl täglich zunimmt. Die Fälscher scheinen Frankreich zu einem Hauptmittelpunkte für die Ausgebung der falschen Noten ausersehen zu haben.

— Die „Presse“ meldet, der hiesige Spanische Botschafter, Herzog von Soto-Mayor, sei von seiner Souverainin beauftragt, der Französischen Regierung kund zu machen, daß ein Geschwader von acht spanischen Kriegsschiffen sich zur Abfahrt nach Gaeta rüste, von welchem Orte es dem Papste nach Civita-Vecchia oder Ancona folgen werde. Um zu zeigen, daß der einzige Zweck der Königin von Spanien dahin gehe, den Papst und das heilige Collegium gegen etwaige Angriffe der Revolutionaire zu schützen, sei Soto-Mayor angewiesen, die Französische Regierung einzuladen, sich einer Expedition anzuschließen, deren Beweggrund mehr religiös, als politisch sei. L. Napoleon hat, wie die „Presse“ angiebt, in seiner Anwort auf die freundliche Aufforderung des Spanischen Hofes seine Bereitwilligkeit ausgedrückt, dem Papste den wirksamen Schutz der Französischen Republik zu gewähren, sich dabei aber vorbehalten, nur gemäß den ausdrücklichen Absichten des heiligen Vaters zu verfahren. Die schon gemeldete Sendung des Cardinals Latour d'Auvergne nach Gaeta soll hiermit in Verbindung stehen und derselbe die nöthigen Verhaltungsbefehle für den Französischen Botschafter Harcourt mitgenommen haben.

— Die „Patrie“ meldet, daß Herr v. Rothschild nach Frankfurt gegangen sei; er werde nur acht Tage abwesend sein und man bringe seine Reise mit der Realisirung des Oesterreichischen Anlehens in Verbindung, von welchem übrigens das Banquierhaus Stieglitz zu Petersburg, das in solchen Geschäften für den Vertreter der Russischen Regierung gelte, zwei Drittel zu übernehmen sich erboten habe.

— In der Nationalversammlung hieß es gestern, daß Herr de Champvans, von vielen Collegen unterstützt, Fragen in Betreff der Clubs an das Ministerium richten und davon ausgehen wollte, daß die Verfassung bei Gewährleistung des Versammlungsrechts nur an zufällige und gelegentliche Versammlungen, nicht aber an beständige oder periodische gedacht habe, was doch offenbar die Clubs seien. Bevor er aber seine Absicht ausführte, soll er Odilon-Barrot und L. Faucher davon unterrichtet und beigefügt haben, daß er sie zur unbedingten Unterdrückung aller Clubs auffordern werde, um dem Lande eine Gewähr der Sicherheit zu geben. Beide Minister haben ihm angeblich geantwortet, daß sie selbst einen Gesetzentwurf bezüglich der Clubs vorzulegen Willens seien, welcher der Absicht des Herrn Champvans entsprechen würde.

— Gestern ward der Präsident des Clubs der Brüderlichkeit, Hervé, wegen Verletzung des Gesetzes bezüglich der Clubs in contumaciam zu 100 Fr. Geldstrafe verurtheilt und die Schließung des Clubs befohlen

— Aus Bayonne wird gemeldet, daß neulich 600 Carlisten von Frankreich aus in Spanien eingefallen sind, wo sie sofort mehrere Posten entwaffneten und besetzten.

— Das Journal des Débats erklärt, daß die neueste Verwahrung des Papstes, welche die italienischen Blätter selbst als eine Encyklika bezeichnen, nicht für eine Bannbulle ausgegeben werden könne, weil der Papst den Bannfluch nicht selbst formulirt habe. Sie könne höchstens einem weiland Monitorium verglichen werden.

— In den heute aus Marseille und Toulon eingegangenen Blättern findet sich nichts Wesentliches über die Expedition nach Italien. Nach dem hiesigen National dringt Sotomayer im Namen Spaniens vorzüglich in das Kabinet, um zu wissen, was Frankreich eigentlich für den Papst zu thun beabsichtige. Das Kabinet, viel zu sehr mit dem Innern beschäftigt, zeige sich aber zähe und unschlüssig. Es gebe ausweichende Antworten. Der päpstliche General Zucchi aus Bologna ist in Paris eingetroffen. Poniatowski, der aus Florenz hier angekommen, sprach in Turin mit Karl Albert über die Pläne Radetzky's und hatte gestern ziemlich lange Unterredungen mit dem Präsidenten Bonaparte, mit Bugeaud und Changarnier. Hier verspricht man sich von den Brüsseler Konferenzen keine Lösung der Italienischen Frage.

— Die Kirchendiebstähle häufen sich in auffallender Weise. Aus dem Eure-Departement allein werden deren sechs gemeldet.

— Die Pariser demokratische Polengesellschaft erläßt in der heutigen Reforme einen Aufruf an die Slaven, um sie zur Einigung mit ihr zu ermuntern.

— Die Assemblée will von der Existenz einer geheimen Gesellschaft wissen, deren Organisation sich über ganz Europa erstrecke. Ihr Central-Büreau liege in der Rue Montmartre, von wo es aber an den Boulevard St. Denis verlegt worden sei. Die ganze Welt solle nach ihrem Plan kommunistisch eingerichtet werden.

— Dieser Tage fanden Wegnahmen von Waffen und Munition statt; in einem Logenhause fand man 35 Flinten unter einem Bett versteckt.

— Auf Andringen des Spanischen Kabinets hat unsere Regierung befohlen, daß alle Spanischen Flüchtlinge, die man bei Umtrieben zur Förderung des Bürgerkrieges in Spanien betheiligt findet, ins Innere von Frankreich geschafft werden sollen, so daß sie nicht mehr direkt mit der Grenze verkehren können.

— Die Bäckergesellen scheinen ruhiger geworden zu sein, wozu die Gewißheit, daß man sie durch Soldaten ersetzen wird, viel beigetragen haben mag. Eine Menge Soldaten, die das Brodbacken verstehen, hat man nämlich eiligst hierher kommen lassen, und sie sind in der Militairschule jeden Augenblick bereit, an die Arbeit zu gehen, wenn die Gesellen auf ihrer Widerspenstigkeit beharren. Es heißt auch, daß man alle bei der Meuterei betheiligten Ausländer aus Frankreich fortschicken und diejenigen Gesellen, die Eingeborene der Provinzen sind, nach ihren Heimathsorten wegweisen werde.

— Das Journal des Débats behandelt heute in niedlicher Weise das Thema von der Frauen-Emanzipation, die, eine Folge der Februar-Errungenschaften, auch in Frankreich zu spuken anfängt. Die Bankette am Weihnachtstage stehen noch in frischer Erinnerung; auch das weiß man noch, daß die „demokratisch-sozialistischen Frauen“ die Hauptrolle dabei spielten. Sie traten als Anordnerinnen und Rednerinnen in erster Reihe hervor, und hofften in Proudhon eine Stütze zu finden. Aber da kamen sie nicht wohl an. Herr Proudhon ist im Ganzen ein anständiger Mann. Als solcher sagte er denn auch den emanzipationssüchtigen Frauen im Saale Valentino: „Man muß sich verstehen. Die Emanzipation der Frauen ist von einigen derselben in einem Sinne aufgefaßt worden, den wir nie anerkennen werden. Wir sind der Ansicht, daß die Bestimmung der Frau in dem stillen Leben am häuslichen Heerde besteht. Die Frau ist, unsern Ansichten zufolge, die vollkommenste Personifikation, das vollständigste Symbol der Familie, das Heiligthum der inneren Freuden und Leiden der Menschheit. Allen Frauen einen häuslichen Heerd geben, ihnen dieses Feld der Thätigkeit zu eröffnen, das man zu oft unter dem Vorwande des Prosaismus verschmäht, und das jedes Mädchen dennoch träumt, jeder von ihnen eine Wirthschaft zu geben, mit einem Worte: ihnen zu dem unerschöpflichen Schatz von Liebe und Moralität zu verhelfen, den man die Familie nennt: das ist es, was, unserer Ansicht nach, die demokratische und soziale Republik den Frauen zu gewähren hat. Wir haben schon früher das Dilemma aufgestellt: „Hausfrau oder Courtisane!“ — eine Mitte dazwischen giebt es nicht. Wir haben ohne Zweifel noch ziemlich engherzige Ansichten; denn wir sind aus diesen beiden Bestimmungen noch nicht herausgegangen Uebrigens appelliren wir aufrichtig an die Frauen: eine ehrbare Mutter, eine ehrbare Tochter sage es aus, ob wir uns getäuscht haben. Was uns betrifft, so hat eine Familienmutter, mit der schweren Sorge des häuslichen Lebens beschäftigt, uns stets schöner geschienen, als eine Corinna auf dem Triumphwagen, der sie zum Kapitole führt.“ Proudhon hat Recht. Zwar wurden seine Worte im Saale Valentino nicht eben mit Beifall aufgenommen; aber sie werden sich in weiteren Kreisen Beifall erringen, der schwerer wiegt. Und im Saale Valentino sind sie wenigstens nicht spurlos vorübergegangen.

Paris, den 20. Januar. In der heutigen Sitzung wurde zur Wahl des Vice-Präsidenten geschritten. So wie sich nach den Vorberathungen der Vereine vorhersehen ließ, wurde Herr Boulay de la Meurthe mit 417 unter 695 Stimmen gewählt. Herr Vivien hatte 277 Stimmen erhalten. Herr Boulay bestieg nach seiner Erwählung und Proklamirung die Tribüne und leistete den Eid. Aus den Worten, die Herr Boulay hierauf sprach, ist Folgendes hervorzuheben: „Eine Zuneigung, die ich mir zur Ehre rechne, war stärker, als mein Wunsch. Ich hoffte, Ihre Gerechtigkeit würde einen meiner ehrenwerthen Konkurrenten vorziehen, von denen der eine ein alter, in den Schlachten verwundeter Soldat (sehr gut), der andere ein in unsern parlamentarischen Kämpfen erprobter Athlet ist. (Sehr gut). Aber je unerwarteter diese doppelte Ehre ist, um so lebhafter und tiefer ist meine Erkenntlichkeit für den Präsidenten der Republik und für die National-Versammlung, die beiden großen Erwählten des allgemeinen Stimmrechts. (Sehr gut, sehr gut.) Ich glaube die große Ehre, die mir zugefallen, nicht verdient zu haben; aber ich werde zwei Lehren daraus zu ziehen wissen. Ich sehe darin zuerst eine ehrenwerthe Hingebung der National-Versammlung für Das, was sie als den persönlichen Wunsch des Präsidenten betrachtet hat; ich sehe zu gleicher Zeit eine Protestation gegen eine glücklicherweise eingebildete Feindseligkeit. (Beifall zur Linken.) Ihre Wahl ist das Zeichen der Eintracht zwischen dem Präsidenten und der National-Versammlung. Was mich betrifft, so verspreche ich Ihnen, mein Benehmen Ihren Ansichten gemäß einzurichten. (Neuer Beifall.) Die andere Lehre, welche ich darin finde, ist die Einladung, alle meine Kräfte der Stärkung der Republik zu widmen. (Sehr gut.) Ich werde, seien Sie überzeugt davon, es mit Rechtschaffenheit, Standhaftigkeit und, wenn es Noth thut, mit Energie thun. Die National-Versammlung hat zur Stärkung der Republik ein Großes beigetragen. Am 15. Mai haben Sie mit Ruhe und Resignation dem Schauspiel der Emeute zugesehen, die bis in den Schooß dieser Versammlung drang. Am 24. Juni haben Sie die Gesellschaft, die in Gefahr war, gerettet. Nie war einer National-Versammlung eine größere Macht anvertraut und nie hat eine National-Versammlung mehr Mäßigung und Muth gezeigt. Die National-Versammlung hat das Recht, so wie sie gelebt hat, als Herrin ihrer selbst zu enden. (Sehr gut.) Sie wird enden, nachdem sie ihr Werk erfüllt hat, um geehrt in dem Gedächtniß Frankreichs wieder aufzuleben, und der Ruhm der Versammlungen, die nach ihr folgen, wird darin bestehen, ihr Werk zu vollenden.“ (Sehr gut, sehr gut.) Diese Rede, welche mit der größten Aufmerksamkeit angehört wurde, hinterließ einen mächtigen Eindruck. Der Präsident der Versammlung gab hierauf Befehl, den Vice-Präsidenten der Republik mit den seinem Range gebührenden Ehren nach Hause zu geleiten. Der Rest der Sitzung wurde mit dem Beginn der Diskussion über den Gerichtshof, vor welchen die Angeklagten des 15. Mai verwiesen werden sollen, ausgefüllt. Nachdem Eug. Raspail, Bonjean, Ledru-Rollin und Dupin der Aeltere gesprochen hatten, wurde die Fortsetzung der Diskussion auf Montag vertagt.

— Die Kommission, welche beauftragt ist, die Proposition Rodat, wegen Wiederherstellung des Journalstempels, zu prüfen, hat beschlossen, vorher den Finanzminister und die Redakteure der hauptsächlichsten Journale zu befragen.

— Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat mehrere Architekten beauftragt, den Plan eines Hotels für bürgerliche Invaliden zu entwerfen. Dieses Asyl soll für das Alter bedürftiger Arbeiter bestimmt sein, die sich über ein rechtschaffenes Leben ausweisen können.

— Von den in St. Lazarus gefangen gehaltenen Frauen sind endlich, nachdem Herr Leon Faucher den Befreiungsbefehl kontrasignirt hatte, zweiundfünfzig ihrer Haft entlassen worden.

Straßburg, den 17. Januar. Wie die Bauern den Bonapartismus verstehen, zeigte sich in den jüngsten Tagen in mehreren Bezirken des Unter-Elsasses am deutlichsten Sie weigerten sich nicht nur, ihre Abgaben zu bezahlen, sondern zogen auch in die Wälder und holten Holz nach Herzenslust, indem sie bemerkten, man habe ihnen dieses bei der Präsidenten-Wahl versprochen. In dem Forste bei Hagenau mußten 500 Soldaten aufgestellt werden, um weiteren Freveln und Entwendungen vorzubeugen. Man hat gestern und heute die Hauptanstifter jener Waldfrevel, denen legitimistische Aufhetzereien nicht fremd geblieben sein sollen, gefänglich hier eingebracht. — Der Rhein hatte in den letzten Tagen eine Höhe erreicht, wie das seit 1824 nicht mehr der Fall war. Die Nebenflüsse desselben sind großentheils ausgetreten. Die Kinzig hat in und bei Kehl großen Schaden angerichtet. — Mehrere Theater-Direktoren aus Deutschland bewerben sich in diesem Augenblicke darum, nächsten Frühling Deutsche Vorstellungen hier geben zu dürfen. Allem Anscheine nach wird die Concession Hrn. Loewe in Bonn ertheilt werden, der durch seine frühere Leitung des Deutschen Theaters dahier noch in sehr gutem Andenken steht.

Großbritanien und Irland.

London, den 16. Januar. Die Times melden, daß die, in Folge des Todes Lord Aucklands eingetretenen Minister-Aenderungen nun beendet seien und Sir Fr. Thornhill Baring das Amt eines ersten Admiralitäts-Lord angenommen habe. Durch den Eintritt dieses erfahrenen Staatsmanes, welcher bereits unter Melbourne an der Spitze der Finanzpartie gestanden hat, werden auch Ersparnisse in den Flottenausgaben herbeigeführt werden. Ld. J. Russel hatte übrigens dieses wichtige Amt zuvor dem Sir J. Graham angetragen, um eine Partei Aussöhnung möglichst herbeizuführen. Graham hatte diesen Antrag zuerst angenommen, ihn dann aber abgelehnt, damit nicht weitere Aenderungen im Kabinet nöthig würden.

London, den 17. Januar. Gestern wurde das Cassationsgesuch der Irischen Staatsgefangenen O'Brien, Meagher, Macmans und O'Donohue von dem Dubliner obersten Gerichtshof der Königin Bank einstimmig verworfen. Es steht noch eine Berufung an das Oberhaus zu, und diese wird auch wohl eingeschlagen werden. — In der Grafschaft Down lassen die Brandlegungen immer noch nicht nach. — Es heißt, daß in der nächsten, am 1. k. M. zu eröffnenden Parlaments-Session der Antrag auf Abschaffung des Lordstatthalters von Irland werde gemacht werden. — Dagegen soll die Irische Polizei umgestaltet, vermehrt und in drei Theile, Infanterie, Reiterei und Artillerie getheilt, auch so eingerichtet werden, daß für außerordentliche Fälle eine Vermehrung der Truppen nicht nöthig würde.

— Nach Berichten aus Newfoundland, vom 21. Dez v. J., war der Feuersbrunst, welche die Hauptstadt zerstört hatte, schnell darauf ein furchtbarer Orkan gefolgt. Derselbe hatte auf der ganzen Insel entsetzliche Verwüstungen angerichtet. Der Gouverneur Sir Gaspard Lemarchand hatte das Ortsparlament eilig vor der Zeit einberufen, damit über Hülfsleistungen berathen werde.

London, den 18. Januar. Der „Globe“ zeigt an, daß die Königin das Parlament in Person eröffnen werde. Lord J. Russell hat an die für ministeriell geltenden Mitglieder des Unterhauses das gewöhnliche Rundschreiben erlassen, worin er die Erwartung ausspricht, daß sie sich am Eröffnungstage einfinden würden. Die Adresse des Unterhauses wird von Lord Harry Vane beantragt und von Hrn. Bunbury unterstützt werden.

— Ein Hr. Baldwin in London versteht die Kunst nicht nur ein Zeitungsblatt, sondern auch eine Banknote der Breite nach zu spalten. Das Directorium der Bank von England, welches davon vernommen, übergab Hrn. Baldwin eine von den alten 1 Pfund-

Noten, welche viel dünner sind, als die jetzigen, um daran seine Geschicklichkeit zu erproben. Andern Tages brachte der Mann die Note rein gespalten, ohne die mindeste Spur von Zerreißung. Man belohnte ihn dafür, konnte ihn aber nicht bewegen sein Geheimniß zu verrathen. Und doch wird diese Entdeckung als sehr wichtig betrachtet für die Paper-Currency des Landes. So meldet der Globe.

— Der Ingenieur Stephenson befindet sich gegenwärtig auf Veranlassung der Britischen Regierung in Aegypten, um über die Ausführbarkeit einer Eisenbahn über die Landenge von Suez die genauesten Untersuchungen anzustellen und Bericht zu erstatten. Man zweifelt nicht daran, daß der letztere günstig ausfallen und daß endlich die Ausführung dieses wichtigen Unternehmens beginnen wird.

— Zu Dublin wurde gestern vom Gerichtshofe der Queens-Bench über das von den zu Clonmel verurtheilten Staatsgefangenen Smith O'Brien, Meagher, M'Manus und O'Donohue eingelegte Cassationsgesuch die Entscheidung gefällt. Sie lautete einmüthig zu Gunsten der Krone, so daß demnach das ausgesprochene Urtheil der Kommission zu Clonmel in Kraft verbleibt.

Niederlande.

Haag, den 19. Januar. Die Holländischen Zeitungen, besonders das Amsterdamer Handelsblatt, enhalten verschiedene Aufsätze über die Vortheile, welche der Niederländische Handel aus dem Verkehr mit Californien ziehen könnte. Das letztgedachte Blatt fordert Niederlands Rheder auf, statt der Goldstaubsucher, einige, mit Lebensmitteln, Geräthschaften, Kleidungsstücken u. s. w. befrachtete Schiffe nach Californien zu senden, damit die dorthin gewanderten Goldsucher, vor lauter Reichthum, am Ende nicht verhungern! Das Amsterdamer Handelsblatt fordert die Regierung auf, in kürzester Frist ein Staatsschiff nach Californien abzuschicken. Dort sei die Niederländische Flagge noch fast unbekannt, der Niederländische Handel noch ohne allen Schutz.

Dänemark.

Kopenhagen, den 13. Jan. Das vom Reichstage niedergesetzte Finanzkomité hat seine Anträge dahin gestellt: 1) den Finanzminister zu ermächtigen, 7 Mill. Bankthaler möglichst billig angemessen anzuleihen; 2) den Finanzminister zu ermächtigen, weitere 4 Mill. neue Kreditscheine auszustellen und Se. Majestät den König zu ersuchen, in Betracht der Lage der Dinge für das nächste Jahr seine Civilliste ansehnlich zu ermäßigen. Der Belauf des Sundzolls im verwichenen Jahre ist um 65,000 Rthlr. weniger als 1847.

Schweiz.

Aus der Schweiz, den 15. Januar. Während der Kanton Tessin von den eidgenössischen Repräsentanten aufgefordert wurde, die Auslieferung Mazzinis an den Feldmarschall Radetzky zu bewerkstelligen, hat sich dieser flüchtig gemacht. Er soll sich in den letzten Tagen in Gremsen, Kanton Solothurn, aufgehalten haben, wo er von einigen Gleichgesinnten Besuche empfangen hat. Dieses Haupt der Italienischen Revolutionspropaganda wurde durch Briefe schleunigst nach Rom berufen, indem die Revolutionsregierung seines Raths bedürfe, um die Republik zu proklamiren. Die Reise soll Mazzini über Genf und Marseille bereits angetreten haben.

Von der Schweizergrenze, den 15. Jan. König Ferdinand setzte es durch Hrn. Tobias Müller, welcher von Radetzky zu Mailand umarmt und geküßt wurde, durch, daß das Rekrutendepot Neapolitanischer Truppen, welches 22 Jahre lang in einer Vorstadt Genua's existirte, nach Altorf verlegt wurde. Er garantirte den etwas ängstlichen Urnern Alles: Geld, Weiber, Wein und Eigenthum. Jetzt wird zu Altorf eine Kaserne gebaut, wo ein Ober-Offizier, vier Unter-Offiziere, ein Arzt und ein Tambour hausen werden. Die Debatten über diesen Gegenstand können Sie im „Alpenboten von Uri," 13. Jan., lesen, sie sind höchst ergötzlicher und zarter Beschaffenheit. Man fürchtete Anfangs: „das leichtsinnige Weibervolk könne sich falschen Hoffnungen hingeben," oder „ein durchreisender Fremder könne durch den Anblick eines betrunkenen Rekruten beleidigt werden," tröstete sich aber endlich damit, daß ein Neapolitanisch-Schweizerischer Rekrut eo ipso ein verrufener Mensch sei, vor welchem sich die Weiber mehr hüten würden, „als vor einem Gesellen, der sich unter der Maske eines Braven nahe." Hr. Tobias Müller nahm Rücksprache mit der hohen Geistlichkeit, und diese widerlegte die moralischen Nachtheile. Die wackeren Sonderbündler willigten ein; sie bedachten, daß Ferdinand von Neapel große Sympathieen für die Schweiz hege, daß der edle Radetzky die Rekrutendurchzüge besser schützen werde, als Carlo Alberto; sie machten endlich die Gegen-Bedingung, daß die Urner fortan in Neapel bei Besetzung von Offiziersstellen weniger zurückgesetzt werden möchten, als bisher, und sagten Topp! nachdem sie aller Wahrscheinlichkeit nach ein Extra-douceur des freigebigen Bourbonen heimlich in die Tasche gesteckt; denn: »Point d'argent, point de Suisse!« Wird aber der Bundesrath auch Topp! sagen?

Italien.

Die neuesten Nachrichten aus Rom gehen bis zum 9ten Januar. Das Römische Ministerium hatte sich entschlossen, im Amte zu verbleiben, doch mit der Bedingung, an den Wahlen zur Constituante nicht Theil nehmen zu dürfen. Das Ministerium hat nun ein Comité eingesetzt, welches die Wahl-Listen entwerfen und die Wahlen beaufsichtigen soll. Der General Pepe soll vom Römischen Ministerium 8000, und vom Toscanischen 6000 Mann verlangt haben, um die Feindseligkeiten gegen Oesterreich, im Vereine mit Carlo Alberto, wieder zu beginnen.

Amerika.

Nach Berichten aus New-York bis zum 31. Dec. war in den letzten fünf Tagen kein politisches Ereigniß von Belang vorgefallen. Der Congreß beschäftigte sich mit Lokal-Angelegenheiten und man erwartete, daß in der nächsten Zeit keine Berathung über die Sclavenfrage Statt finden werde. Zu New-Orleans wüthete die Cholera und die Mannschaft mehrerer westlichen Dampfschiffe war durch die Seuche so schwer mitgenommen worden, daß die Schiffe ihre Fahrten nicht fortsetzen konnten. — In den nördlichen und östlichen Staaten war der Winter mit ungewöhnlicher Strenge eingetreten. — Aus dem Umstande, daß die Blätter weniger mit Berichten über das Goldsuchen in Californien angefüllt sind, wird gefolgert, daß die Manie etwas nachgelassen habe. — Die Fonds hielten sich gut und gingen etwas höher; dasselbe gilt von den Preisen aller Gattungen von Mundvorrath. Die Korn- und Mehlvorräthe zu New-York galten in Hinsicht auf die Jahreszeit, da vor Eröffnung der Schifffahrt keine weiteren Zufuhren zu erwarten waren, keineswegs für bedeutend, obschon sie etwa 900,000 Scheffel betrugen.

Locales.

Posen, den 24. Januar. Das seit mehreren Tagen eingetretene Thauwetter hat auf den Wasserstand unseres Warthaflusses bis gestern nur unbedeutenden Einfluß geübt und die Eisdecke hält sich noch immer; nur oberhalb des Berdychowoer Dammes gewahrte man einiges Steigen und dadurch bewirktes Bauchen derselben. Bei dem heutigen andauernden Regenwetter ist aber zu erwarten, daß noch heute Nacht der Eisgang beginnen wird.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich].

Bescheidene Anfrage.

Steht einem Wahl-Kommissarius das Recht zu, einem ruhigen Zuschauer, der während des Wahlaktes vor dem Hause des Wahllokals, wegen Minorität unbetheiligt dasteht, ihn zur Entfernung aufzufordern, weil er mit seinen **reactionairen** Prinzipien nicht übereinstimmt? — Dies hat sich Se. Ehrwürden der Herr Pastor **Hirte** in Santomysl angemaßt; viel Scharfsinn für einen Hirten!—!—!

Marktberichte. Posen, den 24. Januar.
(Der Schfl. zu 16 Mtz. Preuß.)

Weizen 1 Rtlr. 23 Sgr. 4 Pf. bis 2 Rtlr. 2 Sgr. 3 Pf. Roggen 27 Sgr. 9 Pf. bis 1 Rthlr. Gerste 22 Sgr. 3 Pf. bis 28 Sgr. 11 Pf. Hafer 14 Sgr. 5 Pf. bis 16 Sgr. 8 Pf. Buchweizen 22 Sgr. 3 Pf. bis 24 Sgr. 5 Pf. Erbsen 26 Sgr. 8 Pf. bis 1 Rtlr. 1 Sgr. 1 Pf. Kartoffeln 8 bis 9 Sgr. Heu der Centner 17 Sgr. 6 Pf. bis 22 Sgr. Stroh das Schock 4 Rtlr. bis 4 Rtlr. 10 Sgr. Butter der Garnitz zu 8 Pfund 1 Rtlr. 20 Sgr. bis 1 Rthlr. 25 Sgr.

Posen, den 19. Jan. (Nicht amtlich.) Marktpreis für Spiritus p. Tonne von 120 Quart zu 80% Tralles $12\frac{2}{3}$ Rthlr.

Berlin, den 23. Januar.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 52—56 Rthlr. Roggen loco 26—27 Rthlr., p. Frühj. 82pfd. 28 Rthlr. bez. u. Br. Gerste, große loco 22 — 24 Rthlr., kleine 19—21 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 15—16 Rthlr., p. Frühjahr 48pfd. $15\frac{1}{4}$ Rthlr. Br. Rüböl loco $13\frac{1}{6}$ à 13 Rthlr., p. diesen Monat 13 Rthlr. Br. u. bez., Januar/Febr. 13 à $12\frac{1}{1}$ Rthlr., Febr./März $12\frac{11}{12}$ Rthlr. Br., $12\frac{3}{4}$ G., März/April 12 Rthlr. Br., $12\frac{5}{8}$ bez., April/Mai $12\frac{1}{2}$ Rthlr. Br. u. bez. Leinöl loco $9\frac{2}{3}$ à $\frac{3}{4}$ Rthlr. bez., Lief. pr. April/Mai $9\frac{3}{4}$ Rthlr.

Spiritus loco ohne Faß $14\frac{5}{6}$ Rthlr. bez., p. Januar 15 Rtlr. bez. u. G., p. Februar $15\frac{1}{2}$ à $\frac{1}{4}$ Rthlr., März $15\frac{3}{4}$ à $\frac{1}{2}$ Rtlr., p. Frühjahr $16\frac{1}{3}$ Rthlr. Br.

Berliner Börse.

Den 23. Januar 1849.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	—	—
Staats-Schuldscheine	$3\frac{1}{2}$	—	—
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	$98\frac{3}{4}$	—
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	$3\frac{1}{2}$	$98\frac{1}{4}$	—
Westpreussische Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	84	$83\frac{1}{2}$
Grossh. Posener "	4	—	96
" "	$3\frac{1}{2}$	—	$81\frac{1}{2}$
Ostpreussische "	$3\frac{1}{2}$	—	$90\frac{1}{2}$
Pommersche "	$3\frac{1}{2}$	—	$91\frac{1}{8}$
Kur- u. Neumärk. "	$3\frac{1}{2}$	—	$91\frac{1}{3}$
Schlesische "	$3\frac{1}{2}$	90	$89\frac{1}{2}$
" v. Staat garant. L. B.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	92	$91\frac{1}{2}$
Friedrichsd'or	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	13	$12\frac{1}{2}$
Disconto	—	—	$4\frac{1}{2}$
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	80
" Prioritäts-	4	—	87
Berlin-Hamburger	4	$60\frac{1}{2}$	—
" Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	$93\frac{1}{2}$
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	$61\frac{1}{4}$	$60\frac{3}{4}$
" " Prior. A. B.	4	—	$82\frac{1}{2}$
" " "	5	95	—
Berlin-Stettiner	4	89	—
Cöln-Mindener	$3\frac{1}{2}$	—	$79\frac{1}{2}$
" Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	$92\frac{1}{2}$
Magdeburg-Halberstädter	4	$112\frac{1}{2}$	—
Niederschles.-Märkische	$3\frac{1}{2}$	—	$71\frac{1}{4}$
" Prioritäts-	4	87	—
" "	5	$98\frac{1}{2}$	98
" " III. Serie	5	—	$91\frac{1}{2}$
Ober-Schlesische Litt. A	$3\frac{1}{2}$	—	94
" B.	$3\frac{1}{2}$	—	94
Rheinische	—	—	—
" Stamm-Prioritäts-	4	—	—
" Prioritäts-	4	—	—
" " v. Staat garantirt	$3\frac{1}{2}$	—	—
Thüringer	$4\frac{1}{2}$	51	$50\frac{1}{2}$
Stargard-Posener	4	71	$71\frac{1}{2}$

Druck u. Verlag von W. Decker & Co. Verantw. Redacteur: C. Hensel.